uniplus

März 2023

Das Informationsblatt des Fördervereins Universität Basel (FUB)

3
Die FUB-Mitglieder lassen sich im Kunstmuseum die Werke des Sammlers Curt Glaser zeigen.

5
Weil der Neubau viel teurer wird, muss sich in beiden Basel die Politik über das Forschungszentrum beugen.

6
Die Universität begibt sich wieder nach draussen, um an Märkten und Anlässen ihr Arbeiten zu erläutern.

8
Der russische Angriffskrieg führt dazu, dass an der Uni ukrainische Wissenschafter lehren und forschen.

Prof. Dr. Marcel Tanner mit Akklamation gewählt

«Von Freunden zu Förderern der Universität Basel»

Marcel Tanner, der neue Präsident des Fördervereins Universität Basel

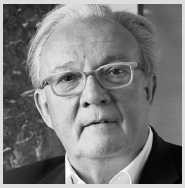
Mit Applaus hat die Mitgliederversammlung des Fördervereins Universität Basel am 8. November 2022 im Basler Kunstmuseum Prof. Dr. Marcel Tanner zu seinem Präsidenten gewählt. Der 70-jährige Marcel Tanner, ein bekannter Name und ein vertrautes Gesicht, tritt damit die Nachfolge von Urs Wüthrich-Pelloli an. Der frühere Baselbieter Regierungsrat und Bildungsdirektor verstarb im vergangenen Sommer im Alter von 68 Jahren völlig überraschend.

Erst recht nach der Corona-Pandemie kennen alle den neuen FUB-Präsidenten. Das Fachwissen und die Einschätzungen des Epidemiologen und Präsidenten der Akademien der Wissenschaften Schweiz waren und sind noch immer gefragt, sowohl in der Wissenschaft und Politik als auch in den Medien. Zwischenzeitlich war er während mehr als eines Jahres Leiter der transdisziplinären Expertengruppe Public Health der Covid-19 Science Taskforce des Bundes, die er aufzubauen half.

Zuvor bildete er als Professor für Parasitologie und Epidemiologie Generationen von Studierenden an der Universität Basel aus. Als Infektionsbiologe und Epidemiologe mit Schwerpunkt auf den Krankheiten der Armut wie Malaria, Tuberkulose und HIV/AIDS und vernachlässigten Tropenkrankheiten hat er viele Jahre in Afrika geforscht und auch als Gesundheitsplaner und Public Health-Experte gewirkt. Er war 18 Jahre lang Direktor des Schweizerischen Tropeninstituts, das er zum international breit anerkannten Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) entwickelte. Zudem war er an der Universität Basel von 2002 bis 2004 Dekan der Fakultät Phil II sowie Ordinarius der medizinischen und der Phil II-Fakultäten. Seine Beziehungen zum universitären Betrieb und zur Universität Basel sind folglich vielfältig. Er ist mit ihnen bestens vertraut.

(Fortsetzung Seite 2)

editorial



Marcel Tanner
Präsident
FUB

Aktives Mitarbeiten

Gerne danke ich dem FUB für das grosse Vertrauen, mir das Amt des Präsidenten zu übertragen. Sehr berührt und mit Freude habe ich diese Aufgabe als Nachfolger unseres hochgeschätzten Kollegen und Freundes Urs Wüthrich-Pelloli, der uns zu früh entrissen wurde, übernommen. Es ist mir eine grosse Ehre, in seine Fussstapfen zu treten und dem FUB, unserer Universität und unserer Gesellschaft zu dienen.

Die Universität hat sich seit der Gründung unseres Vereins trotz und auch dank Hürdenläufen sehr gut entwickelt und ist lokal, national und international noch stärker verwurzelt und anerkannt. Mit diesen Entwicklungen hat sich auch die Aufgabe des FUB verändert. Unsere Arbeit ist nie abgeschlossen, sondern gerade die sehr schönen Entwicklungen an der Universität Basel bringen neue Herausforderungen an uns. Es gilt, die erreichten Positionen und Profile in Wissenschaft und Politik zu sichern und vor allem weiter zu entwickeln.

Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik wie auch Gesellschaft kann noch weiter vertieft werden und ist nötig, um die Investitionen unseres Landes in Bildung, Forschung und Innovation

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung Editorial)

optimaler gestalten zu können.
Mitte Jahr beginnt die umfangreiche Vernehmlassung der bedeutenden BFI-Botschaft 2025-2028, und gleichzeitig sowie ebenso entscheidend müssen wir uns aufmerksam, beharrlich und konsequent auch auf die wenigstens wissenschaftliche Wieder-Assoziation mit der EU konzentrieren, damit wir international wieder im weltweit grössten Forschungsnetzwerk «Horizon Europe» mitwirken und es mitgestalten können.

Für uns als FUB heisst das, unserer Universität im Rahmen unseres Vereinszwecks beizustehen, die Strategie weiter zu verwirklichen und für diesen Weg lokal wie national Mehrheiten zu schaffen; also nicht nicht bloss «Lobbying» oder «Networking», sondern aktives Mitarbeiten. Das wird uns gelingen, wenn wir uns nicht nur auf die Universität konzentrieren, sondern die Universität stets und umfassend als Teil unseres sozialen Gewebes verstehen, was auch wirtschaftlichen Erfolg und Wohlbefinden der Gesellschaft bedeutet. So wird sich unser Augenmerk besonders auch auf die Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Partnern richten. Partnerschaft beinhaltet, dass wir für tragfähige Lösungen aufeinander zugehen. Für die Wissenschaft bedeutet das wiederum, dass wir die transdisziplinäre Zusammenarbeit stärken und eben gerade auch im Dialog mit der Politik aufeinander zugehen, damit der Prozess des Generierens von Evidenz und daraus resultierenden Handlungsoptionen iterativ und nachhaltig in unserer Gesellschaft verwurzelt wird. Das sichert die Entwicklungen unserer Universität und damit unseren Beitrag für Lehre, Forschung und Umsetzung von erzielter Evidenz in unserer Gesellschaft - Partnerschaften im Sinne von «mutual learning for change» und die damit verbundenen iterativen Prozesse zu Politik und Strategien auf Augenhöhe.

Wir tun gut daran, über Systeme und Kulturen hinweg miteinander zu lernen. So werden wir uns im FUB für unsere Universität und unsere Gesellschaft weiter einsetzen. Ich freue mich auf diese gemeinsamen Schritte.

(Fortsetzung von Seite 1)

Eine Herzensangelegenheit

Für seine spontane Zusage, das Präsidium des Fördervereins anzutreten, fallen ihm gleich mehrere Gründe ein. Mit seinem Amtsvorgänger stand er immer wieder im Austausch, zudem verbindet die beiden die Herkunft: Der gebürtige Emmentaler Urs Wüthrich lebte über Jahre in Sissach, Marcel Tanner hat über seine Grosseltern tiefe Wurzeln in Diegten, einer anderen Oberbaselbieter Gemeinde. «Wie ihm ist mir die Universität Basel eine Herzensangelegenheit, er war für sie ein starker Unterstützer», sagt Marcel Tanner. Und er ergänzt: «Schliesslich bin ich jetzt pensioniert – retired but not tired – und verfüge über die nötige Zeit, mich zu engagieren.»

Ihm ist es ein Anliegen, dass sich der Förderverein Universität Basel dafür einsetzt, der Öffentlichkeit noch bewusster zu machen, was die inzwischen 563 Jahre alte Hochschule weit über Basel und Baselland hinaus für den Wohlstand in der Nordwestecke des Landes und über die Grenzen hinweg bedeutet: Rund 40 Prozent der Schweizer Exporte, so rechnet er vor, würden aus der Nordwestschweiz stammen und damit von 14 Prozent der Landesbevölkerung produziert. «Die Universität ist dabei ein wesentlicher Teil unseres Innovations-, Forschung- und Entwicklungs- und damit Ökonomie-Systems.»

Deshalb müssten sich in seinen Augen die Wirtschaft und die Universität noch intensiver austauschen, fordert er und blickt dabei gerne ins Bachgraben-Gebiet in Allschwil. Dort entwickelt sich ein grossflächiges Zentrum für Life Sciences. Und wo – wäre hier anzufügen – sich auch das Swiss TPH mit seinem neuen Hauptsitz «Belo Horizonte» niedergelassen hat, an dem inzwischen über 800 Personen aus 80 verschiedenen Ländern arbeiten.

Das Swiss TPH ist als assoziiertes Institut der Universität Basel angegliedert. Auch die Universität Basel ist mit einem Innovationsschwerpunkt und Medizinaltechnik-Initiativen im Bachgraben vertreten. Im Bachgraben habe es Platz für grosse, etablierte Unternehmen sowie für Start-ups. Auf diese Weise werde nach dem weitergefassten Campus-Modell auch der Austausch gefördert. «Dieser iterative Prozess des miteinander Lernens und Entwickelns führt zum Win-win aller Beteiligten und unserer Gesellschaft», sagt Marcel Tanner.

Wie das der Name ausdrückt

Als neuem Präsidenten ist es ihm auch ein Anliegen, dass der Förderverein Universität Basel sich verstärkt dafür einsetzt, das Bild der Hochschule als Stützpfeiler des Wirtschaftsraums Nordwestschweiz in die Öffentlichkeit zu tragen. Forschung und Wissenschaft würden nicht in isolierte Räume gehören und dort ein Eigenleben führen, sie müssen im Gegenteil mit der Wirtschaft und der Politik gemeinsam wirken. «Mit diesen Dimensionen müssen wir uns in unserem Verein auch vermehrt beschäftigen – dort liegt ein wesentlicher Teil unserer Daseinsberechtigung und in diese Richtung muss sich unser Verein entwickeln», sagt der neue Präsident, «wir Freunde der Universität Basel sind nicht nur Freunde, sondern auch Förderer.»

Ein Zwischenziel auf diesem Weg benennt er bereits: Der FUB müsse dringend seine Mitgliederzahl erhöhen, um mehr Kraft zu entwickeln, und dabei auch noch den Kanton Jura zu sich ins Boot holen. Spontan schlägt er vor, dass sich der Verein dort beispielsweise auch für das geschaffene Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit einsetzen könnte.

jg

Vorstand des Fördervereins

Aus Zeitgründen ist Rahel Bänziger, Gemeinderätin in Binningen, aus dem FUB-Vorstand zurückgetreten. Damit setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen:

Marcel Tanner (Präsident, Basel),
Brigitte Jäggi (Vizepräsidentin, Basel),
Peter Manzoni (Kassier/Mitglieder, Liestal),
Marc Joset (Anlässe, Binningen),
Robert Sum (Protokoll, Nuglar),
Désirée Stutz (Homepage, Möhlin),
Jürg Gohl (Uniplus, Sissach),
Catherine Alioth (Basel),
Sven Inäbnit (Binningen),
Conrad E. Müller (Münchenstein),
Heiner Vischer (Riehen) und
Béatrix von Sury (Reinach).

Mitgliederversammlung des FUB im Kunstmuseum Basel

Marcel Tanner mit Applaus gewählt

Am 8. November 2022 konnte der Förderverein Universität Basel (FUB) endlich wieder unter regulären Bedingungen eine Mitgliederversammlung abhalten, nachdem die Jahresversammlungen von 2020 wegen Corona gänzlich abgesagt werden musste und 2021 nur eine eingeschränkte MV durchgeführt werden konnte. Rund 40 Mitglieder nahmen an der Versammlung im Vortragssaal des Kunstmuseums teil.

2022 war für den FUB ein schweres Jahr, verstarb doch unser Präsident Urs Wüthrich-Pelloli völlig unerwartet im Juli. Marc Joset übernahm deshalb die Leitung der Versammlung und gedachte des verstorbenen Präsidenten, der als Nachfolger von Jean-Luc Nordmann in den letzten drei Jahren den Verein mit seinem Humor und innovativer Sachkenntnis geführt und geprägt hat. Die Rechnung 2021/2022 sowie das Budget 2022/2023 wurden einstimmig genehmigt und dem Vorstand Décharge erteilt. Der Jahresbeitrag bleibt unverändert bei Fr. 20.– für Einzel- und Fr. 50.– für Kollektivmitglieder.

Ein letztes, wichtiges Traktandum der Mitgliederversammlung war die Neubesetzung des Präsidiums. Dem Vorstand ist es glücklicherweise gelungen, mit Prof. Dr. Marcel Tanner eine hervorragende Persönlichkeit zu gewinnen, die über eine aussergewöhnlich grosse Erfahrung im universitären Bereich verfügt. Prof. Tanner war während 18 Jahren Direktor des Schweizerischen Tropeninstituts, das er zu Weltruhm führte, war Ordinarius der Phil II- und der medizinischen Fakultäten sowie Dekan der Phil II-Fakultät und ist neben verschiedenen anderen Verpflichtungen in Stiftungen und Vorständen aktuell Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Nach seiner Wahl durch Akklamation gibt der neue Vereinspräsident seiner grossen Freude Ausdruck, unserem Verein dienen zu können und mit der Universität weiterhin verbunden zu bleiben.

hev

Rechnung ausgeglichen

Kassier Peter Manzoni präsentiert für das abgelaufene Vereinsjahr 2021/22 eine ausgeglichene Rechnung. Die Ausgaben von 11'740 Franken konnten bis auf 104 Franken gedeckt werden. Die Einnahmen stammen ausschliesslich aus Mitglieder- und Gönnerbeiträgen. Das Budget für das laufende Vereinsjahr geht von Ausgaben in der Höhe von 12'500 und einem Defizit von 1000 Franken aus. Unser Reinvermögen beträgt 21'500 Franken. Die Mitgliederbeiträge bleiben unverändert (20 Fr. für Einzelmitglieder, 50 Fr. für Kollektivmitglieder).

upl

Führung durch die Sammlung von Curt Glaser

Tragische Geschichte aufgearbeitet

Dr. Judith Rauser mit Gästen vor dem Glaser-Porträt von Max Beckmann.

Im Anschluss an den geschäftlichen Teil der Jahresversammlung (oben) dislozierten die Mitglieder in den Neubau des Kunstmuseums, in welchem die Ausstellung «Der Sammler Curt Glaser – vom Verfechter der Moderne zum Verfolgten» zu sehen war. Die Ausstellung endete am 12. Februar 2023. Die Mitglieder wurden in zwei Gruppen von den Kuratorinnen Dr. Anita Haldemann und Dr. Judith Rauser durch die Bilderausstellung geführt.

Dank der intensiven Recherchen durch das Kunstmuseum Basel zeigt die Ausstellung eindrücklich auf, wie sich das Leben des jüdischen Sammlers und Kunsthistorikers Curt Glaser (1879 bis 1943) bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 dramatisch veränderte. Er verlor nicht nur seine Anstellung als Direktor der Kunstbibliothek in Berlin, sondern er sah sich auch gezwungen, einen Grossteil seiner Sammlung zu veräussern, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das Kunstmuseum Basel erwarb damals an der Auktion rund 200 Zeichnungen und Druckgrafiken aus der Sammlung Glaser, die wegen seiner engen Freundschaft mit dem norwegischen Künstler Edvard Munch besonders viele Werke dieses Meisters beinhaltet.

Seine Erbengemeinschaft hat in der Folge zum ersten Mal 2004 einen Anspruch auf eine Restitution der vom Kunstmuseum angekauften Werke erhoben. Eine solche wurde allerdings von der Basler Regierung abgelehnt. Nach einer erneuten Kontaktaufnahme durch die Erbengemeinschaft 2017 wurde der Fall jedoch noch einmal neu, diesmal von der Kommission des Kunstmuseums, beurteilt; und so kam es schliesslich 2020 mit Einwilligung des Regierungsrates zu einer gütlichen Lösung, die unter anderem beinhaltete, dass eine Ausstellung zu Ehren von Curt Glaser im Kunstmuseum durchgeführt wird. Das Faszinierende und Interessante an dieser Ausstellung ist, dass die gesamte, am Anfang schöne und dann tragische Geschichte von Curt Glaser bis hin zur Einigung mit der Erbengemeinschaft minutiös aufgearbeitet und sehr anschaulich präsentiert wird. So gab es dann beim anschliessenden Apéro Riche noch viel Gesprächsstoff unter den Gästen, bevor der gesellige Teil des Abends zu Ende ging.

hev

Gemeinsame Informationsveranstaltung von FAG, FUB und Alumni im Biozentrum

Die Lehren aus der Gratwanderung in der Pandemie

Das Podium mit Walter Leimgruber, Doris Leuthard, Marcel Tanner und Lukas Engelberger

Inwieweit sind wissenschaftliche Expert:innen verpflichtet, politische Prozesse und Entscheidungen kritisch unter die Lupe zu nehmen? Und zudem aus ihrer Sicht falsche Ergebnisse oder gar Fake News öffentlich zu kritisieren und diese zumindest richtigzustellen? Unter welchen Umständen besteht für die Politik eine Verpflichtung, aussenstehende wissenschaftliche Expert:innen beizuziehen? Gibt es Handlungsbedarf aus Sicht des Bundes, der Kantone und der Hochschulen? Und wie sollte dieser aussehen? Diesen Fragen widmete sich der diesjährige Herbstanlass der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft (FAG), der Alumni-Organisation der Universität Basel und des Fördervereins der Universität Basel (FUB), der am 25. Oktober 2022 im neuen Biozentrum stattfand.

In seiner Begrüssung stellte Dr. Caspar Zellweger, der Vorsteher der FAG, den Titel der Veranstaltung – «Wissenschaftliche Experten und Politik – Wissen, Macht und Verantwortung» – als Dreiklang dar, als eigentliche Sinnfrage, die im Gespräch das Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Expert:innen und Politik behandelt. In ihren Eingangsreferaten legten Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger als Politiker und Prof. Dr. Marcel Tanner als Vertreter der Wissenschaft ihre Sichtweisen und Erfahrungen dar, als sie die Positionen der Politik und der Wissenschaft direkt und hautnah während der Corona-Pandemie in die Praxis umsetzen mussten. Dabei kam es zum Ausdruck, dass die Politik in einer solchen Situation nicht einfach nach vorgegebenem Muster entscheiden konnte, sondern auf Expert:innenmeinungen angewiesen war.

Intensität war ein Novum

Das Tempo und die Intensität, mit der neue wissenschaftliche Erkenntnisse produziert wurden und vorlagen, waren Novität und Herausforderung zugleich, da der gründliche wissenschaftliche Prozess nur verkürzt stattfinden konnte. Ein Novum war auch, dass die Öffentlichkeit erstmals eins-zu-eins Einblick in die Entscheidungsprozesse bekam. Alles drehte sich um Wahrscheinlichkeiten. Das Auseinanderhalten von Fake News und Real News wurde in dieser Pandemie zur Gratwanderung.

Teilnehmende der anschliessenden Diskussionsrunde waren neben den erwähnten Referenten auch Alt-Bundesrätin Doris Leuthard und Prof. Dr. Walter Leimgruber, Leiter der beiden Fachbereiche Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel. Geleitet wurde die Runde von Jean-Luc Nordmann, dem ehemaligen FUB-Präsidenten. Klar wurde dabei, dass Kommunikation, Rollenverteilung und Verantwortung, sozusagen der «Übertragungsriemen», zwischen Wissenschaft und Politik verbessert werden muss.

In der Kommunikation sei insbesondere eine verständliche Sprache wichtig, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Auch sollen keine neuen schwerfälligen Strukturen geschaffen werden, sondern es soll auf den vorhandenen Kompetenzen aufgebaut werden, idealerweise gebündelt in interdisziplinär zusammengesetzten Gremien. Das Task-Force-Konzept hat sich grundsätzlich bewährt und muss weiterentwickelt werden.

Wissenschaft in der Pflicht

Es erhebt sich die Frage der Verstetigung, auch für andere gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Energiemangel und schwindende Biodiversität. Prof. Dr. Tanner betonte, die Wissenschaft müsse aus dem Glashaus herauskommen. Vorhersagen, überwachen, vorsehen, vorbereiten und planen seien ihre Aufgaben. Sie stehe gegenüber der Gesellschaft in der Pflicht. Heute fehlt es an Verbindungen zwischen Wissenschaft und Technologie zur Bevölkerung. Diese seien dringend wieder herzustellen.

Die wissenschaftlichen Expert:innen können das Zepter nicht allein übernehmen, da es wohl nie eine gültige Meinung unter diesen Expert:innen gibt. Hier muss die Politik sprichwörtlich ihren Spürsinn einsetzen. In der Endverantwortung steht aber immer die Politik. Auch bei gegensätzlichen Argumenten scheint unbestritten, so Roland P. Bühlmann, Präsident der AlumniBasel, in seinem Schlusswort, dass sich die Politik der Chance einer engen Zusammenarbeit mit anerkannten wissenschaftlichen Expert:innen nicht entziehen kann und darf. Und doch ist es nicht einfach für den Politiker beziehungsweise die Politikerin, zwischen objektiver Expertise und Fake News sowie persönlichen Befindlichkeiten von Wissenschafter:innen zu unterscheiden.

Es muss sichergestellt werden, dass medialer Aktivismus nicht attraktiver wird als wissenschaftliche Politikberatung. Wissenschaft und Politik müssen das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen. Die Diskussionen müssen auch die Geistes- und Sozialwissenschaften einbeziehen. Am Ende der Veranstaltung kam die Frage auf: Wer ist eigentlich Expert:in? Menschen aus der Politik, der Wissenschaft oder der Bevölkerung? Sicher ist nur, dass wir es nur gemeinsam schaffen, weitere solche Krisen wie die Corona-Pandemie zu überstehen.

cal/brj

Die Kommissionen befassen sich mit dem Neubau für das Departement Biomedizin

Keine weiteren bösen Überraschungen mehr

Der Neubau im Modell

«Kaum ist der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zum Biozentrum abgeschlossen, folgt die nächste Schlagzeile zu einem Bauprojekt der Universität Basel: Der Neubau für das Departement Biomedizin wird 153 Millionen Franken teurer als geplant.» Das schreibt Grossrätin Salome Bessenich in ihrer Interpellation, kurz nachdem die nötige Budget-Erhöhung publik geworden ist. Die Sozialdemokratin stellt der Basler Regierung gleich zwölf Fragen. Mit der letzten schlägt sie sogar vor, auf einen Neubau zu verzichten und dafür den alten zu sanieren und weiterzuverwenden. Zumindest diesem Vorschlag erteilt die Regierung in ihrer Antwort eine Absage. Mit 40 Jahren habe der Altbau sein Lebensende erreicht, und eine grundlegende Sanierung käme unter den heutigen Auflagen teurer zu stehen als der Neubau. Ein Stopp hätte auch zur Folge, dass das Departement für Biomedizin an seinen heutigen fünf Standorten bleiben müsste.

Für das Bauprojekt muss die Kreditsicherungsgarantie erhöht werden, weil die Gesamtkosten von 365 Millionen Franken um 153 Millionen Franken höher liegen als ursprünglich berechnet, wie die beiden Regierungen im November publik machten. Pro Kanton sind das 76,5 Millionen Franken. Die Gründe für die Kostenüberschreitung von 73 Prozent gegenüber dem 2014 genehmigten Kredit in der Höhe von 212 Millionen Franken seien in der längeren Ausführungsdauer, den gestiegenen Baupreisen und der Teuerung sowie der Berücksichtigung der Projektkomplexität aufgrund der Erfahrungen aus dem Neubau Biozentrum zu suchen, erläuterten die Regierungen der beiden Trägerkantone damals. Zudem wird mit der Fertigstellung bis 2031 gerechnet, drei Jahre später als ursprünglich geplant.

Nun aber liege von Implenia ein «zuverlässiger Kosten- und Terminplan» vor. Damit können weitere böse Überraschungen ausgeschlossen werden. Diese Firma hat den Zuschlag für den Bau auf dem Schällemätteli erhalten – in unmittelbarer Nähe des Biozentrums, das zuvor wegen massiver Kredit- und Terminüberschreitungen bereits einen Sturm der Kritik an die Regierung ausgelöst hat. Die Universität Basel übernimmt beim Neubau als Gebäudeeigentümerin die Bauherrschaft.

Vereinzelte Politiker haben sich vernehmen lassen, und es wurde sogar von SVP-Präsident Pascal Messerli die Forderung laut zu erwägen, der Basler Regierung als Denkzettel die Kreditsicherungsgarantie zu verweigern. Die 27 Seiten umfassende Vorlage, welche die beiden Regierungen am 15. November identisch in die beiden Parlamente gaben, wird aktuell von den zuständigen Kommissionen beraten. In Baselland sind das die Finanz- sowie die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, in Basel-Stadt ist das die grossrätliche Finanzkommission. Ihre Berichte liegen noch nicht vor. Ob sich dann auch noch die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Universität Basel mit Präsidentin Catherine Alioth und Vizepräsidentin Béatrix de Sury mit der Vorlage auseinandersetzen wird, ist ebenso noch offen wie der Zeitpunkt, wann sich schliesslich die Parlamente damit befassen.

jg

Vorstösse von Catherine Alioth und Béatrix von Sury d'Aspremont

Zu mehr Mobilität bewegen

Trotz der geografischen Lage zeichnet sich die Universität Basel keinesfalls durch eine hohe Mobilitätsrate aus. Gemäss einem gleichlautenden Vorstoss von Grossrätin Dr. Catherine Alioth in Basel und tags darauf von Landrätin Dr. Béatrix von Sury d'Aspremont in Liestal – beide gehören dem FUB-Vorstand an – befindet sich Basel mit einer Quote von 8,8 Prozent unter den Schweizer Hochschulen auf dem 23. von 36 Plätzen. Die durchschnittliche Mobilitätsquote liegt hierzulande bei 15,7 Prozent.

Das heisst, dass in Basel nicht einmal jede oder jeder elfte Studierende ein Auswärtssemester einlegt. Nicht Boston, Paris, Madrid und Sydney und auch nicht Lausanne, schreiben die beiden Politikerinnen. Trotz des unschätzbaren persönlichen Gewinns und trotz der besseren Karrierechancen, argumentieren sie weiter. Movetia, eine nationale 2016 vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation geschaffene Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungssystem, hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Quote auf 20 Prozent hoch zu treiben.

Die Vision von Movetia liegt sogar bei 100 Prozent: Alle sollen in ihrer Ausbildung ein Semester in der Fremde verbracht haben. Die Agentur beschränkt ihr Engagement nicht nur auf den Hochschulbereich. Sie fordert: Austausch und Mobilität gehören in der Bildungspolitik fest verankert. So liessen sich wichtige interkulturelle, aber auch fachliche und persönliche Kompetenzen entwickeln. Doch der Ausstieg der Schweiz aus dem Austauschprogramm Erasmus von 2014 wirkt zusätzlich bremsend.

Deshalb fordern die Interpellantinnen die Regierung in ihrem sechs Fragen umfassenden Katalog auf, den Gründen nachzugehen, weshalb der Anteil der «mobilen» Studierenden so gering sei und die Universität Basel unter dem Vergleichswert der Fachhochschule Nordwestschweiz liege.

upl

Uni-Talk: Zweckgemeinschaften ersetzen im oberen Kantonsteil Fusionen

«Die Kleingemeinden sind kein Auslaufmodell»

Regula Meschberger (Mitte) und Peter Streckeisen im Gespräch mit Franziska Buonfrate, Gemeinderätin von Tenniken

In der Reihe Uni-Talk, bei dem sich Forschende der Universität Basel auf verschiedene Podien in der Region begeben, um über ein aktuelles Problem zu reden, ging es vergangenen Herbst in Sissach um die Zukunft ländlicher Gemeinden. Die gut 50 Gäste gehörten praktisch alle einem Gemeinderat an. Damit möchte die Universität alljährlich zeigen, dass nicht nur im Studierzimmer (um den abgegriffenen «Elfenbeinturm» zu vermeiden) an abstrakten Themen geforscht wird.

Dieses Mal ging es im Oberbaselbiet um die künftigen Herausforderungen in ländlichen Gemeinden. Moderiert von der Journalistin Karin Salm diskutierten Regula Meschberger, die langjährige SP-Landrätin und vor allem aktuelle Präsidentin des Verbandes der Baselbieter Gemeinden (VBLG), und der Soziologe Prof. Dr. Peter Streckeisen, Privatdozent an der Universität Basel. Dabei standen Fragen im Mittelpunkt, wie Einwohnerinnen und Einwohner für politische Ämter gewonnen werden können, wie sich ein kleines Dorf für Neuzuzüger attraktiv macht und welche Vorteile Gemeindefusionen bringen.

In anderen Kantonen kommt es immer wieder zu Fusionen. Im Bünderland etwa, so erzählt Peter Streckeisen, sei die Anzahl der Gemeinden durch Zusammenschlüsse inzwischen auf 100 halbiert worden, und eine weitere Halbierung stehe bevor. Im Baselbiet hingegen sind seit der Fusion von Biel-Benken 50 Jahre vergangen, aktuelle Annäherungsversuche sind einzig zwischen Arisdorf und Hersberg auszumachen.

«Die kleinen Gemeinden bei uns sind kein Auslaufmodell», stellte Regula Meschberger fest. Peter Streckeisen stimmte zu und machte dafür verantwortlich, dass sich wie in keinem anderen Kanton kleine Gemeinden zu Zweckverbänden zusammenschliessen, zum Beispiel bei der Schule, bei der Feuerwehr, bei der Wasserversorgung, im Forstwesen, in der Sozialarbeit, ja selbst bei der Verwaltung. Streckeisen hielt fest, dass Fusionen erstens eine sehr komplexe Vorarbeit benötigen und zweitens bestimmt zu keinen Einsparungen führen würden: «Es gibt kein Betty-Bossi-Rezept für Fusionen», sagte Peter Streckeisen und nannte noch einen weiteren Grund für den Stillstand, «je kleiner das Dorf, umso höher die Identifikation.»

Die Gemeindevertreterinnen und -vertreter verfolgten die Ausführungen interessiert, auch wenn das Podium auf die drängenden Fragen im Oberbaselbiet keine erlösenden Antworten lieferte. Wie finden wir in den Kommunen neue Rats- und Kommissionsmitglieder? Wie halten wir die Jungen im Dorf oder holen sie zurück? Beim anschliessenden Meinungsaustauch warf Nadine Jermann, die Gemeindepräsidentin von Buus, noch eine weitere Frage auf, mit der sich viele kleine Gemeinden herumplagen: Wie werden sie unabhängig von den reicheren Gebergemeinden im Unterbaselbiet.

jg

Leitfaden für eine gendergerechte Sprache veröffentlicht

Ratschläge, aber keine Befehle

Im vergangenen November wurde ein neuer Leitfaden dazu herausgegeben, wie an der Universität Basel gendergerecht geschrieben und vor Gruppen gesprochen werden soll. In der Mitteilung ist von einer «inklusiven» Sprache die Rede. Grosses Gewicht wird dabei darauf gelegt, dass beim Verfassen von Texten das generalisierende Maskulinum, zum Beispiel «Studenten» für alle Geschlechter, zu vermeiden sei. Vor allem wird aber zu selbstständigem, sensibilisiertem Texten aufgerufen. Die Universität schreibt die gendergerechte Sprache in ihrem Leitfaden nicht explizit vor. «Eine offene Denkkultur setzt in diesem Sinne auch eine offene Sprechkultur voraus, die zu Kreativität anregt anstatt vorzuschreiben und zu verbieten», hält die Universität in ihrer Mitteilung fest. Es gehöre zum Wesen der Universität, höchste Freiheitsprinzipien im Denken, Forschen und Lehren aufrecht zu erhalten. Ergo gilt das auch für das Schreiben.

Dürfen oder müssen inkludierende Zeichen wie Stern oder Doppelpunkt verwendet werden? Das wird gemäss Leitfaden weder vorgeschrieben noch verboten. Alle sollten diese Frage mit etwas Kreativität angehen. Das gelte auch beim Anreden von Studierenden, Mitarbeitenden und anderen Gruppen. Juristisch relevante Texte der Universität orientierten sich an den Richtlinien des Kantons Basel-Stadt. Der Leitfaden umfasst fünf Seiten. Darin steht auch, dass es der Universität ein Anliegen sei, dass sich ihre «Angehörigen» beim Sprechen «angstfrei und sachbezogen äussern können», anstatt sich «auf maximale formale Korrektheit» zu konzentrieren. Auch wird darin festgehalten, wie zum Beispiel Inserate des Hauses formuliert werden.

upl

Sammlung erhalten

Der gesamte Bestand der Stiftung Bibliotheca Afghanica, der bisher in einem privaten Museum in Bubendorf untergebracht war, geht an die Universität Basel. Die weltweit einmalige Sammlung von Zeitzeugnissen der afghanischen Kultur wird in den nächsten sechs bis acht Jahren in die Bestände der Universitätsbibliothek überführt. Sie umfasst 300 Laufmeter mit einzigartigen Schriftstücken und 70'000 Bildern, welche eine einst offene Kultur festhalten. Paul und Veronika Bucherer-Dietschi haben einst ihre private Sammlung gegründet. Sie ist seit fast 50 Jahren öffentlich zugänglich und steht – seit 1983 formell eine Stiftung – unter Bundesaufsicht. Deren Bestand sei sehr umfassend und bedeute für die UB «mehrere Mannjahre» Arbeit für die Integration und Aufnahme in ihre Kataloge. Reisen nach Afghanistan hatten die Neugier und Begeisterung der Bucherers geweckt für die reiche Kultur des Landes an der Seidenstrasse, die hierzulande kaum bekannt war. Zu Beginn auf Natur, Kultur und Geschichte spezialisiert, sammelten die beiden in den Jahren nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 Informationen über den Krieg, die Besetzung und den Widerstand der Bevölkerung. Laut der Unibibliothek wurde so eine wichtige Phase dokumentiert. Es sei eine «weltweit einzigartige Sammlung».

upl

Uni-Bibliothek erweitern

Die Universitätsbibliothek soll saniert und mit einem Neubau erweitert werden. Dafür wird ein nahe am Altbau gelegener Grünraum geopfert. Für die Projektierung der Sanierung des denkmalgeschützten Altbaus der Bibliothek, des Universitätsinstituts Bernoullianum und des Neubaus beantragt die Regierung Ausgaben in der Höhe von 7,9 Millionen Franken. Der Neubau soll neben dem Bernoullianum auf der heutigen Hebelschanze zu stehen kommen und in erster Linie für die kulturhistorisch schützenswerten Bestände der Bibliothek dienen, wie es heisst. Hierfür muss die heutige Grünanlage in eine Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse umgezont werden. Dies werde wohl nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne gehen, schreibt die Regierung. Sie ist aber der Auffassung, dass der Standort Hebelschanze in Abwägung der Hauptkriterien Funktionalität, Städtebau und Denkmalpflege der einzige sei, der die Anforderungen für einen Neubau mit der erforderlichen Nähe zum Hauptgebäude erfüllen könne. *upl*

Attraktive Stadt

Basel landet in einer Erhebung der «Financial Times» auf Platz eins der zukunftsträchtigsten Kleinstädte. Im Ranking werden Städte bis 350'000 Einwohner geführt. Hinter Basel folgen Cork (Irland) und Reading (England). Zu den bewerteten Kriterien zählen Wirtschaftspotenzial, Kosteneffizienz und Erreichbarkeit. Wachstum und Neuansiedlungen im Bereich Biotechnologie seien nach wie vor treibende Kraft. Neben Life-Science ziehe auch die IT-Branche Investoren in die Region Basel, schreibt die «Basler Zeitung».

upl

Kaum Distanz zu Nazis

«Als Historiker versuche ich zu erklären, warum die Wissenschaftler so gehandelt haben, wie sie gehandelt haben. Manche Professoren wollten nicht sehen, wie kriminell das neue Regime war, und haben die Judenverfolgung zunächst verharmlost». Das sagt Historiker Prof. Dr. Christian Simon. Er hat das Verhalten der Universität Basel während der Herrschaft der Nationalsozialisten erforscht. Damals taten sich die Professoren schwer, auf Distanz zu den Nazis zu gehen, obwohl sie die damals linke Regierung in Basel dazu aufgefordert hatte. Andreas Heusler, der Altgermanist, habe Hitler bis 1938 sogar bewundert, weil er Deutschland zur alten Grösse führen werde, erzählt Simon. Seine umfangreiche Studie ist im Schwabe Verlag erschienen.

upl

Gemeinsam mit der FHNW

Die Universität Basel entwirft, wie sie im Februar mitteilt, mit der Fachhochschule der Nordwestschweiz einen gemeinsamen, praxisnahen Master-Studiengang in Biomedical Engineering. Er vermittelt, wie sich technische Werkzeuge und Methoden für medizinische Diagnosen und Therapien nutzen lassen. Biomedical Engineering wird als eine Disziplin beschrieben, die sich schnell entwickelt und Ingenieurwissen mit medizinischem und naturwissenschaftlichem Fachwissen zusammenführt. Der Joint Degree Master in Biomedical Engineering wird ab Herbst 2023 angeboten und bietet den Studierenden eine ebenso wissenschafts- wie industriefokussierte Ausbildung. Er kombiniere dazu die Expertisen und die Ressourcen der Medizinischen Fakultät der Universität Basel, der Hochschule für Life Sciences der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und des Universitätsspitals Basel. *upl*

Corona und Herzmuskel

Schon länger ist bekannt, dass eine Impfung mit einem mRNA-Wirkstoff bei jüngeren Männern eine Herzmuskelentzündung auslösen kann – nur in ganz seltenen Fällen allerdings. Diesem Phänomen sind Forschende der Universität und des Unispitals Basel genauer nachgegangen. Fast 800 Mitarbeitende, die sich für den ersten Moderna-Booster interessierten, nahmen an der Studie von Prof. Dr. Christian Müller teil. Das Forschungsteam fand bei 2,8 Prozent der Studienteilnehmenden einen Anstieg des Blutwerts. Dieser Wert liegt über den Erwartungen. Weil aber dieses Resultat im November in den Medien für Schlagzeilen gesorgt hatte, griff das Universitätsspital sogleich korrigierend ein und hielt fest, dass bei 0,0035 Prozent der Geimpften deswegen eine Behandlung im Spital notwendig war, und betonte: «Der Covid-Booster ist nach wie vor sicher und wirksam.» *upl*

Rückläufige Zahlen

Für das Herbstsemester waren an der Universität Basel 12'896 Studierende und Doktorierende eingeschrieben – 143 weniger als im Vorjahr. Zum zweiten Mal in Folge musste damit ein Rückgang verzeichnet werden. Allerdings ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger leicht gestiegen. Gleichwohl verstärkt die Universität ihre Anstrengungen, an Gymnasien und Kantonsschulen in eigener Sache zu werben. Dafür sollen auch Studierende eingesetzt werden. Zudem sollen beim Werben verstärkt digitale Medien eingesetzt werden. *upl*

Erfolgreich akkreditiert

Der Schweizerische Akkreditierungsrat hat die Universität Basel ohne Auflagen institutionell akkreditiert. Die Gutachtergruppe, die für die Beurteilung zuständig ist, habe der Universität ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt. An der Uni sei ein «Team-Spirit» im Rahmen eines «kooperativen Arbeitsklimas» spürbar, heisst es in einer Mitteilung. «Das ausgezeichnete Zeugnis ist das Resultat einer umfassenden Prüfung», wird Rektorin Andrea Schenker-Wicki in der Mitteilung zitiert, «und diese Prüfung haben die Angehörigen der Universität Basel gemeinsam bestanden.» Dieses erstmalige Akkreditierungsverfahren wurde 2019 eingeleitet und von der Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung des Bundes durchgeführt. *upl*

Veranstaltung zum Jahrestag und öffentliche Auftritte zu Putins Angriffskrieg

Ukrainische Forschende arbeiten in Basel

Frithjof Benjamin Schenk (rechts) zu Gast bei Ueli Mäder

Putins Angriffskrieg beeinträchtigt auch den Hochschulbetrieb in der Ukraine stark. «Zahlreiche Universitäten sind beschädigt oder liegen sogar völlig am Boden», schreibt dazu Dr. Tanja Popovic, die Leiterin Welcome an der Universität Basel. Doch gemäss ihrer Schilderung funktioniert der Betrieb noch weitgehend, vor allen Dingen online, weil das Land «uns diesbezüglich bereits vor dem Krieg voraus» gewesen sei, wie sie anfügt. Deshalb sind einige der rund 30 Forschenden, die in ihrer Heimat bedroht sind und gegenwärtig in Basel arbeiten, mit ihren Heimatuniversitäten verbunden. Dort unterrichten und betreuen sie aus der Distanz Studierende. Gerade im Osten des Landes ist die Situation katastrophal.

Am 24. Februar, dem Jahrestag des Kriegsausbruchs, führte die Universität Basel zudem eine ganztägige öffentliche Konferenz durch, an denen in fünf Panels mit insgesamt 16 zur Wahl stehenden Vorträgen Aspekte und Konsequenzen des russischen Kriegs auf Wissenschaft und Forschung in der Ukraine erläutert wurden. Anschliessend luden der Profilbereich Osteuropa und Ukrainian Research in Switzerland (Uris) auf den Abend ein zu einem öffentlichen Podiumsgespräch zur Widerstandskraft des ukrainischen Volks.

Durch die Tagung führte Prof. Dr. Frithjof Benjamin Schenk. Er ist in Basel Professor für Osteuropäische Geschichte und hat gleich nach Kriegsausbruch das erwähnte Programm Uris initiiert. Seit der Invasion sind seine Kontakte zu seinen russischen Kolleginnen und Kollegen praktisch eingefroren, Schenk selber kann nicht mehr auf russische Archive zurückgreifen. Das gilt auch für andere grössere Forschungsprojekte mit dem isolierten Aggressor-Land, bei denen es keine Zeit zu verlieren gilt, wie Messungen in Sibirien zum Klimawandel.

Schenk macht in einem Interview mit dem Universität-Pressedienst sich selber und anderen Osteuropa-Forschenden Vorwürfe: «Wir wollten an die demokratische Entwicklung Russlands glauben. Dabei blendeten wir wiederholt Entwicklungen aus, die uns als Vorboten der heutigen Situation hätten erscheinen müssen. Warum haben wir den Krieg nicht vorausgesehen?» Die wenigen Stimmen unter den Russland-Forschenden, die 2014 noch Verständnis hatten, seien am 24. Februar 2023 verstummt. Und er fordert seine Kolleginnen und Kollegen auf, dieses Wissen in die Öffentlichkeit zu tragen, «um den Putin-Apologeten entgegenzutreten».

Das tat er zum Beispiel, als er als Gast von Prof. em. Dr. Ueli Mäder im November an einem öffentlichen Gespräch teilnahm. «Lesen Sie im Internet die Reden von Putin», riet Benjamin Schenk gegen Ende, «und seien Sie sich dabei immer bewusst, dass er jedes seiner Worte ernst meint.» Der ausgewiesene Russland-Experte, der seit 2011 an der Universität Basel Osteuropäische Geschichte lehrt, räumte an jenem Abend der Idee, dass der Krieg auf diplomatischem Weg beendet werden könnte, keine Chance ein. Das stiess damals bei Gesprächsleiter und Soziologe Ueli Mäder auf wenig Verständnis. Schenk äusserte noch viel mehr Zitierenswertes zum Angriffskriegskrieg Russlands auf die Ukraine. Doch es ist dieser Satz zu Putin, der die Grundstimmung des Abends auf den Punkt bringt: Entsetzen, Ratlosigkeit – und vor allem Ohnmacht im wahrsten Sinn dieses Wortes. *jg*

impressum

Herausgeber
Förderverein Universität Basel,
Peter Manzoni
Postfach 204
4009 Basel
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident
Prof. Dr. Marcel Tanner

Redaktion
Jürg Gohl
juerg.gohl@bluewin.ch

Beiträge
Catherine Alioth (cal), Jürg Gohl (jg), Brigitte Jäggi (brj), Marcel Tanner, Heiner Vischer (hev), Redaktion Uniplus (upl), Universitäts-Pressedienst (upd)

Gestaltung / Satz / Bildbearbeitung
Patrick Sayer Grafik, Binningen
info@sayer.ch

Druck
Druckerei Bloch AG
Auflage dieser Ausgabe: 1150 Ex.

Website
www.foerderverein-unibasel.ch

Fotos
Markus Raub (S. 1 und 4), Heiner Vischer (3), Pressedienst Universität Basel (5), Jürg Gohl (6 und 8)

zu guter Letzt

Germanistik unter Druck

«Wer seinen „Faust" gelesen hat, hat noch lange nicht gegessen». So titelte die «NZZ am Sonntag» am 4. Dezember einen Artikel über das schwindende Interesse an einem Germanistik-Studium an Schweizer Universitäten, dem einstigen Paradefach der Geisteswissenschaften. So sei alleine in Basel die Zahl der Studierenden und Doktorierenden in zehn Jahren von 549 auf 405 Personen geschmolzen. «Der Befund ist eindeutig, die Germanistik schwindet», wird Vizerektor Prof. Dr. Thomas Grob zitiert. Er ortet einen Rückgang bei den Geisteswissenschaften zugunsten der Mint-Fächer. *upl*